

Fragen

für die Fragestunde der 226. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 17. Juni 2009

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	10, 11
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36	Menzner, Dorothee (DIE LINKE.)	49, 50
Bulling-Schröter, Eva (DIE LINKE.)	51, 52	Mücke, Jan (FDP)	22, 23
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	40, 41	Müller, Kerstin (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60, 61
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	30, 31	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	26, 27
Dr. Flachsbarth, Maria (CDU/CSU)	38, 39	Pau, Petra (DIE LINKE.)	3
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55, 56	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44
Golze, Diana (DIE LINKE.)	37	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	33, 34	Schäffler, Frank (FDP)	18, 19
Heilmann, Lutz (DIE LINKE.)	53, 54	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	24, 25
Hill, Hans-Kurt (DIE LINKE.)	47, 48	Spieth, Frank (DIE LINKE.)	4
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	57, 58	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13
Höfken, Ulrike (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	2	Thiele, Carl-Ludwig (FDP)	16, 17
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	14, 15	Toncar, Florian (FDP)	20, 21
Dr. h. c. Koppelin, Jürgen (FDP)	28, 29	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	1, 32

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	14
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	15

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
Stellt das derzeitige Insolvenzrecht sicher, dass beim Insolvenzverfahren der ARCANDOR AG bzw. ihrer Tochterfirmen die für die Beschäftigten dort bisher geltenden tariflichen Standards nicht abgesenkt werden, wenn einzelne Unternehmensbestandteile an neue Investoren veräußert bzw. von diesen übernommen werden, und wenn nein, welche rechtlichen Änderungen bzw. Auflagen plant die Bundesregierung, um dies sicherzustellen, damit die Abwärtsspirale der tariflichen Regelungen im Einzelhandel nicht weiter befördert wird?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

2. Abgeordnete
Ulrike Höfken
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie beurteilt die Bundesregierung, dass Konzerne und Großunternehmen im Gegensatz zu bäuerlichen mittelständischen Betrieben überdurchschnittlich von den EU-Agrarsubventionen profitieren, wie die Veröffentlichung der Empfänger von Exportsubventionen und Direktbeihilfen gezeigt hat, und welche Konsequenzen will die Bundesregierung daraus ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

3. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
Wie viele Atomwaffen werden derzeit in der Bundesrepublik Deutschland gelagert, und welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung seit der Wahl von Barack Obama zum US-Präsidenten unternommen, um auf die US-Regierung einzuwirken, damit diese ihre Atomwaffen aus Deutschland zurückzieht und vernichtet?

*) Siehe hierzu auch Frage 32.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

4. Abgeordneter
Frank Spieth
(DIE LINKE.)
- Hat das Bundesversicherungsamt Maßnahmen gegen die gesetzliche Krankenversicherung KKH-Allianz ergriffen, um in der Außendarstellung der Krankenversicherung auszuschließen, dass sie als private Krankenversicherung wahrgenommen wird, und wenn ja, welche?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

5. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Aufenthalt des wahabitischen Hasspredigers A. I. J. in Deutschland mit seinen islamistischen Äußerungen vereinbar?
6. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welcher Art und zu welchem Zeitpunkt hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Aufenthalt von A. I. J. in Deutschland Zusagen an die Regierung von Saudi-Arabien gemacht?
7. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum wurde die Einreise von Imam B. P., der ein Einreiseverbot für die USA hat, nicht insbesondere aufgrund von § 54 Nummer 5a, § 55 Absatz 1 Nummer 8 Buchstabe b i. V. m. § 6 des Aufenthaltsgesetzes oder durch Ausschreibung zur Abweisung im Schengen-Informationssystem verhindert, obwohl bekannt ist, dass er zur Anwendung der Todesstrafe gegen Homosexuelle (www.tagesspiegel.de; www.adhoc-news.de) aufruft und unter seinen Schülern auch für al Qaida rekrutiert werden soll, und wie will die Bundesregierung mit künftigen Einreiseversuchen von Imam B. P. in den Schengenraum umgehen?
8. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung bzw. haben nach Kenntnis der Bundesregierung die Verfassungsschutzämter der Länder über die Inhalte der Predigten und Lehren des Imam B. P., insbesondere inwiefern er zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufwiegelt oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er Teile der

Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet oder dass Verbindungen zu kriminellen Organisationen oder terroristischen Vereinigungen bestehen oder bestanden haben oder dass er in sonstiger Weise Bestrebungen verfolgt oder unterstützt hat, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung verstoßen oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind?

9. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie lautet die Antwort der Bundesregierung auf den Brief des EU-Kommissars Jacques Barrot an die Innenminister der EU-Mitgliedstaaten, in dem er sie auffordert, Solidarität zu zeigen und Bootsflüchtlinge aufzunehmen, und inwiefern teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass freiwillige Regelungen nicht der von den Mittelmeeranrainern geforderten Solidarität bei der Aufnahme und Verteilung von Bootsflüchtlingen genügen?
10. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, und wenn ja, wie, dass der Polizist Karl-Heinz Kurras nicht nur für das Ministerium für Staatssicherheit sondern auch für den Verfassungsschutz gearbeitet hat?
11. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Welche Veranstaltungen plant die Bundesregierung zum 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges in diesem Jahr?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

12. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe hat die Bundesregierung, die meine entsprechende Frage vom 2. April 2009 unvollständig beantwortet hat, der Hypo Real Estate Holding AG (HRE) bisher Finanzmittel als Zuschüsse, Kredite, Bürgschaften, Garantien etc. zur Verfügung gestellt oder zugesagt, und bis zu welcher Höchstgrenze – 150 Mrd. Euro oder auch höhere Summen als der Gesamthaushalt des Bundes für 2009 – ist die Bundesregierung noch bereit, dieser Bank zusätzlich weitere Finanzmittel zur Verfügung zu stellen?

13. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe hat die HRE, seit sie die ersten Finanzhilfen aus Steuermitteln ausgezahlt bzw. zugesagt erhielt, Finanzmittel an andere Banken gegeben, etwa an die Deutsche Bank AG einen zweistelligen Milliardenbetrag, und was wird die Bundesregierung dagegen unternehmen, dass auf diesem indirekten steuerfinanzierten Wege auch Banken, die bisher selbst keine Staatshilfen beanspruchten, ihre Bilanzen aufbessern, ohne etwa Auflagen bezüglich ihrer Managerbezüge fürchten zu müssen?
14. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Welchen eigenen finanziellen oder sonstigen Beitrag zur Sanierung unseres Finanzsystems hat die Bundesregierung seit Beginn der Finanzkrise von den Organmitgliedern und Geschäftsleitern der Unternehmen des Finanzsektors abverlangt bzw. gedenkt sie bis Ende der Legislaturperiode abzuverlangen?
15. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- In wie vielen Fällen ist bisher von der Möglichkeit des § 5 Absatz 2 Nummer 4 der Finanzmarktstabilisierungsfonds-Verordnung vom 20. Oktober 2008 Gebrauch gemacht worden, die Vergütung von Organmitgliedern und Geschäftsleitern auf ein angemessenes Maß zu begrenzen?
16. Abgeordneter
Carl-Ludwig Thiele
(FDP)
- Geht die Bundesregierung bei ihrem Modell der sog. Bad Bank davon aus, dass Kreditinstitute dieses Modell in Anspruch nehmen, wenn die Anteilseigner weiter in der Haftung bleiben und zusätzlich Gebühren zahlen sollen?
17. Abgeordneter
Carl-Ludwig Thiele
(FDP)
- Geht die Bundesregierung angesichts der Kritik insbesondere von Sparkassen und Ländern davon aus, dass Landesbanken dieses Modell der sog. Bad Bank nutzen?
18. Abgeordneter
Frank Schäffler
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung noch Änderungsbedarf bezüglich ihres Bad-Bank-Konzepts für Privatbanken, um die Akzeptanz bei den Banken zu erhöhen, und sollte insbesondere eine Ausweitung der an die Zweckgesellschaften zu übertragenden Risikopositionen (bisher nur strukturierte Wertpapiere) vorgenommen werden?

19. Abgeordneter
Frank Schäffler
(FDP)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung bei ihrem Bad-Bank-Konzept für Privatbanken noch offene Bewertungsfragen, und wie konkret soll die Bewertung der Risikopositionen erfolgen?
20. Abgeordneter
Florian Toncar
(FDP)
- Wie ist der Stand der beihilferechtlichen Klärung der Bundesregierung mit der Europäischen Union – Generaldirektion Wettbewerb zur Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD zum Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung, welche vor dem Kabinettsbeschluss angabegemäß in der Begründung nicht erfolgt ist, und welche Risiken können sich hieraus für die Gesetzgebung ergeben?
21. Abgeordneter
Florian Toncar
(FDP)
- Welches jeweils realistische und maximale Volumen in Euro erwartet die Bundesregierung aus der Ausplatzierung von Risikopositionen und nichtstrategienotwendigen Geschäftsbereichen gemäß der Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zum Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung?
22. Abgeordneter
Jan Mücke
(FDP)
- Wie löst die Bundesregierung den in ihrer Antwort auf meine schriftliche Frage (siehe Bundestagsdrucksache 16/13332) formulierten offensichtlichen Widerspruch auf, wonach unter Geltung des neuen Artikels 104b des Grundgesetzes einerseits auch solche Investitionsvorhaben in den Förderbereichen Schulinfrastruktur, Hochschulen und kommunale oder gemeinnützige Einrichtungen der Weiterbildung förderfähig sind, bei denen keine energetische Sanierung vorgenommen wird, andererseits aber „insgesamt [...] der energetischen Sanierung in jedem der im Gesetz genannten Förderbereiche eine besondere Bedeutung zukommen“ müsse, und auf welche Gesamtheit bezieht sich das Wort „insgesamt“ in dieser Aussage?
23. Abgeordneter
Jan Mücke
(FDP)
- Welches Beispiel kann die Bundesregierung vor dem Hintergrund ihrer Antwort auf meine schriftliche Frage (siehe Bundestagsdrucksache 16/13332) für nach § 3 des Gesetzes zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder förderfähige Investitionsvorhaben in einem der Förderbereiche Schulinfrastruktur, Hochschulen und kommunale oder gemeinnützige Einrichtungen der Weiterbildung nennen, bei dem keine energetische

Sanierung vorgenommen wird, gleichzeitig aber „insgesamt [...] der energetischen Sanierung [...] eine besondere Bedeutung“ zukommt?

24. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)

Inwieweit teilt bzw. bestreitet die Bundesregierung die Argumentation des DEHOGA Bundesverbandes für die Einführung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von 7 Prozent für die Hotellerie und Gastronomie (siehe www.dehoga-bundesverband.de)?

25. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)

Welche volkswirtschaftlichen, steuerlichen und arbeitsmarktpolitischen Effekte und Auswirkungen hätte diese von der Tourismuswirtschaft geforderte Mehrwertsteuersenkung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

26. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP)

Wie haben sich nach Erkenntnissen der Bundesregierung die Verbraucherpreise bei Telefonaten vom Festnetz zum Mobilfunknetz seit der regulatorischen Absenkung der Terminierungsentgelte im November 2006 entwickelt, und wie bewertet sie diese im Hinblick auf ihre Grundsätze der Telekommunikationsregulierung insgesamt sowie das durch den Präsidenten der Bundesnetzagentur ausgegebene Ziel der am Verbraucherinteresse orientierten Regulierung?

27. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP)

Teilt die Bundesregierung die 2007 geäußerte Ansicht der Monopolkommission, dass die Entgelte bei Telefonaten vom Festnetz zum Mobilfunknetz trotz der regulatorischen Absenkung der Terminierungsentgelte konstant geblieben seien, was zu missbräuchlich überhöhten Preisen und somit zusätzlichen Profiten bei der Deutschen Telekom AG geführt habe, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Bundesregierung?

28. Abgeordneter
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussagen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dass „die Politik [...] die mit der ‚Rettung‘ von Opel eingeleitete Strategie keinesfalls fortsetzen“ sollte (Reuters vom 9. Juni 2009)?
29. Abgeordneter
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
(FDP)
- Sind die Aussagen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesregierung beraten worden?
30. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Hat sich der Bund im Gegenzug zum Bürgschafts- und Kreditrahmen über 4,5 Mrd. Euro, der zur Rettung der Adam Opel GmbH vereinbart wurde, Beteiligungsrechte gesichert, und wenn nein, warum nicht?
31. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Kann angesichts der Äußerungen der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in einer TV-Sendung, bis zur endgültigen Rettung des angeschlagenen Autoherstellers Adam Opel GmbH sei noch eine Reihe von Risiken zu bestehen und es gebe da Unbestimmtheiten, noch von einer „Rettung“ gesprochen werden?
32. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Auf welche Summe können sich nach Ansicht der Bundesregierung die gesellschaftlichen Gesamtkosten der Insolvenz der ARCANDOR AG bzw. der betroffenen Tochterfirmen belaufen (Kosten von Insolvenzgeld, Betriebsstilllegung und was noch damit verbunden ist bitte in Mio. Euro angeben), und welche Kosten und Arbeitsplatzverluste waren mit den fünf größten Insolvenzen in den letzten zehn Jahren im Einzelhandel verbunden (bitte Angaben für die einzelnen Fälle separat)?*)
33. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Inwiefern werden sich nach Ansicht der Bundesregierung die in Peru heftig umstrittenen Gesetze, die es internationalen Konzernen erleichtern sollen, die Bodenschätze des peruanischen Regenwaldes auszuheben, auf die Verhandlungen Perus mit der Europäischen Union über ein Assoziierungsabkommen positiv oder negativ auswirken?

*) Siehe hierzu auch Frage 1.

34. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- In welcher Weise haben die Bundesregierung und die EU-Kommission gegenüber der peruanischen Regierung auf deren repressives Vorgehen gegen die Proteste indigener Aktivistinnen und Aktivisten gegen die Gesetzgebung reagiert, das viele Tote gefordert und zu einer Eskalation der Auseinandersetzung beigetragen hat, und welche Konsequenzen sollte die EU-Kommission nach Ansicht der Bundesregierung für die anstehenden Verhandlungsrunden aus dem gewaltsamen Konflikt ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

35. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die aktuelle Verkehrsbelastung auf der Bundesstraße 5 im Abschnitt Berge–Lietzow vor dem Hintergrund einer anzunehmenden Verkehrsverlagerung aufgrund der Ausbaumaßnahmen an der Bundesautobahn 24 zwischen dem Dreieck Havelland und der Anschlussstelle Neuruppin, und wie bewertet die Bundesregierung den Zeitrahmen für den Bau dieser Vorhaben?
36. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Finanzierbarkeit der vier geplanten Ausbauabschnitte der Bundesautobahnen 10 und 24, wie sie in der „Berliner Zeitung“ vom 27. Mai 2009 dargestellt wurden, sowie der Ortsumfahrungen Berge–Lietzow der Bundesstraße 5, und sind dafür Privatfinanzierungen oder EFRE-Mittel (EFRE: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) in Aussicht gestellt worden?
37. Abgeordnete
Diana Golze
(DIE LINKE.)
- Welche bisher noch nicht begonnenen Bundesfernstraßenbauprojekte nach dem Bundesverkehrswegeplan 2003 in dem Bundesland Brandenburg werden in den Jahren 2009 und 2010 dotiert?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

38. Abgeordnete
**Dr. Maria
Flachsbarth**
(CDU/CSU)
- Wie kann sichergestellt werden, dass durch Bau und Betrieb eines Ersatzbrennstoffheizkraftwerks in Langelshem, das als Substrate Abfälle aus Gewerbe- und Bauschutt verwendet, nicht die Wasserqualität der nahe liegenden Granetalsperre gefährdet wird, die als Trinkwasserreservoir genutzt wird?
39. Abgeordnete
**Dr. Maria
Flachsbarth**
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung aufgrund der sich dann ergebenden Nachbarschaft zum o. g. Heizkraftwerk besondere Maßnahmen zur Prüfung der Wasserqualität für erforderlich?
40. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des Bundesministers Sigmar Gabriel in der „taz“ vom 30. Mai 2009, wonach die neun bereits im Bau befindlichen Kohlekraftwerke wie geplant weitergebaut werden sollen, für alle weiteren würden aber strenge Bedingungen gelten (Zitat: „Neue und noch nicht im Bau befindliche Kohlekraftwerke sollen in Zukunft nur noch dann genehmigt werden, wenn sie über eine Abscheide- und Abspeichertechnik für CO₂ verfügen.“), und wie soll diese Zielsetzung gesetzgeberisch umgesetzt werden?
41. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die o. g. Aussage des Bundesministers Sigmar Gabriel in der „taz“ vom 30. Mai 2009 gegenüber seiner Aussage mit Schreiben vom 27. Mai 2009 an den Landrat des Landkreises Leer, in der er vor dem Hintergrund des Baus neuer Kohlekraftwerke im Jade-Ems-Raum auf die in diesem Zusammenhang seitens des Kreistages Leer geäußerten Bedenken antwortete: „Der deutsche Energiemix wird kurz- bzw. mittelfristig nicht ohne Kohle auskommen.“?
42. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wurde die Überarbeitung des „Kerntechnischen Regelwerks“ abgeschlossen, und aus welchem Grund hat die Bundesregierung es versäumt, das Regelwerk im Bundesanzeiger zu veröffentlichen, obwohl es das Ergebnis eines fünfjährigen Prozesses unter Einbeziehung von Experten und der Bundesländer ist?

43. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Form und mit welchem Zeitplan will die Bundesregierung den Deutschen Bundestag sowie Nichtregierungsorganisationen – darunter vor allem die Erneuerbare-Energien-Verbände – bei der Erstellung der nationalen Aktionspläne im Rahmen der EU-Richtlinie für erneuerbare Energien einbinden?
44. Abgeordnete
**Brigitte
Pothmer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die durch die Aussage des Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz vom 4. Juni 2009, die Asse sei von Anfang an als Entsorgungsanlage geplant worden und ihm sei ein Forschungsdesign niemals untergekommen, bestätigte Tatsache, dass in der im Verantwortungsbereich der Bundesministerin für Forschung und Entwicklung betriebenen Schachanlage Asse II keine nennenswerte Forschung betrieben, sondern lediglich Atommüll der Kernkraftwerksindustrie billig entsorgt wurde?
45. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Zahlungen gab es ab dem Jahr 2002 vom Deutschen Atomforum und Unternehmen der Atom- und Energiewirtschaft an die GSF Gesellschaft für Umwelt und Gesundheit bzw. das Helmholtz Zentrum München (HZM), und wofür wurden diese Mittel von der GSF bzw. dem HZM dann tatsächlich verwendet?
46. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gespräche bezüglich Zahlungen an den ehemaligen Betreiber des Atommülllagers Asse II, die GSF Gesellschaft für Umwelt und Gesundheit bzw. das Helmholtz Zentrum München (HZM), gab es konkret zwischen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) einerseits und Vertretern des Deutschen Atomforums und der GSF bzw. dem HZM andererseits, und zu welchen wesentlichen Ergebnissen führten die Gespräche jeweils?
47. Abgeordneter
**Hans-Kurt
Hill**
(DIE LINKE.)
- Wie hoch sind die bisherigen Ausgaben für das Bergwerk in Gorleben, und wofür wurden sie im Einzelnen verwendet (bitte eine differenzierte Kostenaufstellung)?
48. Abgeordneter
**Hans-Kurt
Hill**
(DIE LINKE.)
- Welche Ausgaben sind durch Maßnahmen entstanden, die über das eigentliche Erkundungsziel hinausgehen?

49. Abgeordnete
**Dorothee
Menzner**
(DIE LINKE.)
- Bestätigt die Bundesregierung, dass parallel zur Erkundung des Bergwerks in Gorleben bereits der Ausbau zum Endlager begonnen wurde, wie die „Frankfurter Rundschau“ in ihrer Ausgabe vom 28. Mai 2009 aus einer ihr vorliegenden internen Bewertung des Bundesamtes für Strahlenschutz zitiert?
50. Abgeordnete
**Dorothee
Menzner**
(DIE LINKE.)
- Bedeutet die Ausführungen des Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz, Wolfram König, in einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ (1. Juni 2009), die Kosten für die Erkundung eines nuklearen Endlagers würden ca. 400 bis 500 Mio. Euro betragen, dass von den bisherigen Ausgaben von ca. 1,5 Mrd. Euro für das Bergwerk in Gorleben abzüglich der Kosten für den Offenhaltungsbetrieb von 239,8 Mio. Euro (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP auf Bundestagsdrucksache 16/12957) über das eigentliche Erkundungsziel hinaus etwa 750 Mio. Euro verbaut wurden?
51. Abgeordnete
**Eva
Bulling-Schröter**
(DIE LINKE.)
- Warum ist die Infrastruktur des Bergwerks Gorleben, insbesondere die Dimensionierung der Schächte und aufgefahrenen Strecken, „deutlich größer ausgefallen als [für die Erkundung des Salzstocks] notwendig“, wie der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz, Wolfram König, in einem Interview der „Frankfurter Rundschau“ (1. Juni 2009) bestätigt?
52. Abgeordnete
**Eva
Bulling-Schröter**
(DIE LINKE.)
- Wer entschied wann, über das für die Erkundung notwendige Maß hinaus, das Bergwerk in Gorleben auszubauen?
53. Abgeordneter
**Lutz
Heilmann**
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage des ehemaligen Abteilungsleiters der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB), Professor Helmut Röthemeyer, es sei im Jahr 1983 massiver politischer Druck von Seiten der Bundesregierung ausgeübt worden, um die im „Zusammenfassenden Zwischenbericht über bisherige Ergebnisse der Standortuntersuchung in Gorleben“ des PTB enthaltene Forderung nach Erkundungen alternativer Standorte fallenzulassen (vgl. taz vom 18. April 2009)?

54. Abgeordneter
Lutz Heilmann
(DIE LINKE.)
- Wer entschied warum, trotz des parallel zur Erkundung des Bergwerks in Gorleben bereits stattfindenden Ausbaus des Bergwerks in Gorleben zum Endlager, den die „Frankfurter Rundschau“ in ihrer Ausgabe vom 28. Mai 2009 aus einer ihr vorliegenden internen Bewertung des Bundesamtes für Strahlenschutz offenlegt, weiter nach Bergrecht statt nach Atomrecht zu verfahren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

55. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bundesregierung der am 25. März 2009 während eines Fachgespräches im Ausschuss für Bildung und Forschung des Deutschen Bundestages zum Thema „Hochschulzulassung“ vom Parlamentarischen Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Andreas Storm, gemachten Zusage nicht entsprochen, bei der Entwicklung eines dialogorientierten Serviceverfahrens für die Hochschulzulassung die Gewährleistung des Datenschutzes während des Bewerbungsverfahrens zu sichern und für die Beteiligung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Sorge zu tragen, und bis zu welchem Termin wird/werden der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit und/oder seine Kollegen in den Ländern einbezogen, was laut Schreiben des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit vom 25. Mai 2009 an mich bisher nicht erfolgt ist?
56. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung die Verzögerung bei der Ausschreibung der Softwareentwicklung für ein dialogorientiertes Serviceverfahren für die Hochschulzulassung, die ursprünglich noch im Mai 2009 „unmittelbar nach Entsperrung der Bundesmittel durch den Haushaltsausschuss“ des Deutschen Bundestages erfolgen sollte (Quelle: Brief von Karl Diller, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, Otto Fricke, vom 28. April 2009), eine Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz (KMK) nun aber erst „in zwei Wochen“ den Ausschreibungstext beschließen werde (Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 3. Juni 2009, „Bayern will Zulassungschaos beenden“), und rechnet die Bundesregierung angesichts dieser Verzögerung damit, dass das dialog-

orientierte Serviceverfahren für die Hochschulzulassung zum 1. April 2011 einsetzbar ist, zumal aus Kreisen der KMK verlautet, „dass sich die Suche nach einem Software-Entwickler noch einige Monate hinziehen wird“ (Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 3. Juni 2009 „Bayern will Zulassungschaos beenden“)?

57. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)

Welche Ziele des vom 15. bis 19. Juni 2009 stattfindenden bundesweiten Bildungstreiks teilt die Bundesregierung, und inwiefern plant die Bundesregierung im Rahmen der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK), die Ziele des vom 15. bis 19. Juni 2009 stattfindenden bundesweiten Bildungstreikes zu thematisieren?

58. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)

Wie begründet die Bundesregierung ihre Entscheidung, keine gesetzlichen Regelungen zur Verbesserung der Situation von Praktikantinnen und Praktikanten in dieser Legislaturperiode auf den Weg bringen zu wollen, vor dem Hintergrund, dass sich insgesamt über 100 000 Bürgerinnen und Bürger im Rahmen einer Petition für mehr gesetzliche Regelungen ausgesprochen haben?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

59. Abgeordnete
**Marieluise
Beck**
(Bremen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie weit sind, bezugnehmend auf die Antwort der Bundesregierung vom 29. Mai 2009 auf meine schriftliche Frage zur weiteren Anwendung des Dekrets 555 des belarussischen Präsidenten (Frage 1 auf Bundestagsdrucksache 16/13251), die Gespräche der Bundesregierung mit der belarussischen Regierung fortgeschritten, um Missverständnisse über die am 11. Februar 2009 mit Belarus getroffene Vereinbarung über die Erholungsreisen der sogenannten Tschernobyl-Kinder auszuräumen, und ab wann ist mit einem reibungslosen Ablauf der Erholungsreisen auch für die Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren im Rahmen von Gruppenreisen zu rechnen?

60. Abgeordnete
**Kerstin
Müller
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Tritt die Bundesregierung für eine unkonditionierte Umsetzung der Vertiefung der EU-Israel-Beziehungen ein, und welche Haltung hat sie im Rahmen des EU-Israel-Assoziierungsrates am 15. Juni 2009 vertreten?
61. Abgeordnete
**Kerstin
Müller
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was ist das Ergebnis dieses Treffens?